

Fraktion im Bezirksausschuss Untergiesing-Harlaching

Antrag

Die Heimag-Siedlung an der Säbenerstraße soll langfristig erhalten bleiben, worunter ein Zeitraum von mindestens 40 Jahren zu verstehen ist, so dass Bewohner, die sich derzeit am/nahe dem 60. Geburtstag befinden, dort lebenslang wohnen können. Der Stadtrat wird mit der Sache erneut befasst und fällt einen entsprechenden, dahingehenden Beschluss.

Begründung:

Die Antwort der Verwaltung auf den Antrag des Bezirksausschusses vom 17.12.2013 des Herrn Kollegen Görlich ist absolut unbefriedigend. Die Verwaltung sieht angesichts offensichtlich des unklar gefassten Stadtratsbeschlusses einen eigenen Handlungsspielraum, der dem klar geäußerten, politischen Willen entgegensteht. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer erneuten Befassung des Stadtrates mit der Sache. Klargestellt werden soll durch einen entsprechenden Stadtratsbeschluss, dass die Stadt München die Anlage langfristig, d.h. mindestens 40 Jahre wie im Antrag formuliert, erhält. Soweit städtischerseits auf die 30 prozentige Beteiligung an der Heimag aufmerksam gemacht wird, kann dies nicht verfangen. Die LHM stellt die Mehrheit in der Gesellschafterversammlung, so dass ein dahingehender Beschluss unproblematisch umsetzbar ist. Ebenso wenig überzeugt der Vortrag der Verwaltung, ein im Stadtratsbeschluss zum Ausdruck gekommener, langfristiger Erhalt der Wohngebäude solle lediglich einen Zeitraum von 20 Jahren umfassen. Im Stadtratsbeschluss ist ausdrücklich nicht von einer Wirtschaftlichkeit, die jedoch ohnehin gegeben ist, die Rede. Zudem wird erneut eine Gefährdung der Mieterinnen und Mieter angesichts der des Zustands der Bausubstanz ins Feld geführt. Es ist bisher trotz behaupteter, bereits durchgeführter Untersuchungen der Firma Calcon kein einziger Anhaltspunkt dafür ersichtlich, dass die Bausubstanz derzeit in irgendeiner Weise eine Gefährdung darstellt, geschweige denn, dass Anzeichen hierfür für die Zukunft bestehen. Selbst dann, wenn solches der Fall sein sollte, obliegt es der LHM auch im Hinblick auf ihre Sozialbindung, die Bausubstanz, wie auch in vielen anderen städtischen Gebäuden zu sanieren und zu erhalten. Das im Schreiben der Landeshauptstadt vom 22.05.2014 eine noch erforderliche Untersuchung der Bausubstanz zu Begründung angeführt wird, gleichzeitig aber in vielen Schreiben eine solche Untersuchung der Bausubstanz als Begründung dafür genommen wurde, den Abriss der Siedlung zu begründen, befremdet zusehends. Die Entscheidungsträger der LHM mögen sich noch einmal in die Situation der Mieter versetzen, die angesichts unklarer Szenarien für die Zukunft und der Tatsache, dass sie sich größtenteils im Rentenalter befinden immer mehr verunsichert werden. Es sollte dem aufkommenden Eindruck, dass hier mit der Unsicherheit der Mieter gespielt wird, schleunigst entgegengewirkt werden. Noch mehr zur Verunsicherung trägt bei, dass nunmehr trotz eines schon 2 Jahre lang andauernden Prozesses immer noch von einer

CSU Fraktion im BA 18
Untergiesing-Harlaching

Mitglieder:
Andreas Babor
Dr. Hildegard Baumgärtner
Clemens Baumgärtner
Mag. Ferdinand
Brinkmüller
Saskia Dresler M.A.
Konrad Engl
Peter Ödinger
Monika Scholz
Dr. Johannes Stöckel

Sprecher:
Andreas Babor

BA-Vorsitzender:
Clemens Baumgärtner

anstehenden Sanierungsmaßnahme gesprochen wird, für deren Erforderlichkeit zum einen bislang trotz stattgefundener Untersuchungen nichts ersichtlich ist, zum anderen das scheinbar Entgegenkommen gleichsam wie eine Drohung wirkt. Viele der Mieter stellen sich die Frage, ob dies beabsichtigt ist. Es ist auch nicht angängig, den Mietern bereits jetzt eine sozialverträgliche Lösung durch Umzugshilfe mit Ersatzwohnungen anzubieten. Mehrfach wurde bereits darauf hingewiesen, dass in den Wohnungen teils sehr erhebliche Eigenleistungen erbracht wurden, deren Wiederholung aufgrund Alters auch in neuen Wohnungen finanziell für die Mieter nicht mehr tragbar ist. Zudem setzt sich die Heimag in Widerspruch zu ihren eigenen Handlungsweisen. Leer gewordene Wohnungen werden stets sachgerecht renoviert, was zu begrüßen ist. Sollte tatsächlich aber die Bausubstanz so marode sein, dass eine konkrete Gefährdungslage besteht, so würde allein dies wirtschaftlichen Grundsätzen, welche stets propagiert werden, klar widersprechen.

CSU-Fraktion
Andreas Babor

BA-Vorsitzender
Clemens Baumgärtner